

Beschlussempfehlung

Ausschuss
für Bundes- und Europaangelegenheiten
und Medien

Hannover, den 15.02.2012

- a) **Europa im Klassenzimmer: Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/3656
- b) **Europa-Kompetenz im Bildungsbereich fördern - Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken**
Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/4285

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien empfiehlt dem Landtag, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen:

EntschlieÙung**Europa-Kompetenz im Bildungsbereich fördern - Leuchttürme „Europaschulen“ in den Regionen stärken**

In einem immer stärker zusammenwachsenden Europa und in einer globalisierten Welt ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, den europäischen Gedanken zu unterstützen und zu verbreiten. Dieser Aufgabe hat sich die Staatskanzlei mit ihrer Europaabteilung in besonderem Maße verpflichtet. Zur Förderung einer europäischen, internationalen Handlungskompetenz gehört es u. a., dass möglichst alle jungen Menschen die Gelegenheit bekommen, Erfahrungen im europäischen Ausland zu sammeln. Davon profitieren sie in vielerlei Hinsicht. Neben dem Fremdsprachenerwerb, dem Auf- und Ausbau interkultureller Kompetenz sowie ihrer beruflichen Orientierung durch Praktika dient ein Auslandsaufenthalt der Sicherung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem europäischen Binnenmarkt sowie einer Stärkung des Gedankens der Unionsbürgerschaft.

Die Europaschulen haben eine wichtige Vorbildfunktion als Keimzelle der europäischen Idee. Sie sind ein gutes Beispiel dafür, wie Schülerinnen und Schüler auf ein Leben im gemeinsamen Haus Europa in komplexer Weise vorbereitet werden können, z. B. durch ein schulinternes Europakonzept oder durch ein selbsterarbeitetes schulinternes Europacurriculum, durch ein besonders vielseitiges Fremdsprachenprofil, durch bilingualen Unterricht und durch projektorientierte Schulpartnerschaften, Austausch und Praktika. Dabei übernehmen unsere Europaschulen in ihrer Region eine „Leuchtturmfunktion“ und unterstützen in ihrem regionalen Umfeld die Vermittlung des Europagedankens. Zu den 89 Europaschulen in Niedersachsen gehören u. a. 45 Gymnasien, 21 Berufsbildende Schulen, zehn Realschulen, vier Grundschulen und vier Gesamtschulen.

Der Landtag würdigt ausdrücklich diese Leistung der Europaschulen und dankt ihnen für dieses herausragende Engagement.

Vor diesem Hintergrund bittet der Landtag die Landesregierung:

I. Im Bildungsbereich insgesamt

- Schulpartnerschaften, Schüleraustausche, Praktika im EU-Ausland sowie Auslandssemester weiterhin zu fördern und wo möglich auszubauen,
- EU-Bildungsprogramme optimal für junge Menschen in Niedersachsen einzusetzen,
- binationale Partnerschaften beziehungsweise Austauschprogramme auszubauen und auf aktuelle Anforderungen auszurichten,
- den Bildungsbereich stärker als bisher im europapolitischen Konzept der Landesregierung zu berücksichtigen,
- die Teilnahme an Zusatzausbildungen wie CERTILINGUA sowie die Vorbereitung auf andere Fremdsprachenzertifikate für Schülerinnen und Schüler gezielt zu unterstützen,
- zur fachlichen Fortbildung der Lehrkräfte künftig die regionalen Fortbildungszentren zu nutzen. Die Lehrkräfte melden den Zentren ihren spezifischen Bedarf und bekommen von dort hochwertige Fortbildungsangebote in Zusammenarbeit mit Hochschulen, Forschungseinrichtungen, internationalen Institutionen und Wirtschaftsbetrieben. Die Fortbildungen können aus den dafür bereitgestellten Schulbudgets finanziert werden. Zudem wird geprüft, wie die Möglichkeit zur Hospitation an Schulen im Ausland für Lehrkräfte erhöht werden kann.

II. Im Bereich der Europaschulen

a) im Rahmen der Qualitätssicherung

- zu prüfen, inwieweit Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) bis zum Ende der Förderperiode 2007 bis 2013 für Maßnahmen der Europaschulen eingesetzt werden können, sowie sich für ihre Verwendung während der nächsten Förderperiode 2014 bis 2020 einzusetzen.
- zu prüfen, wie den Europaschulen durch Zuweisung von erhöhten Budgetmitteln und zusätzlichen Lehrerstellen Möglichkeiten eröffnet werden können, um ihre weit über den allgemeinen Bildungsauftrag hinausgehenden Ziele zu erreichen, und in welchem Maße den EU-Fachberaterinnen und -Fachberatern der Landesschulbehörden zusätzliche Ausgleichsstunden zur Bewältigung der gestiegenen Arbeitsanforderungen durch die steigende Zahl der Europaschulen zugewiesen werden können.
- zu prüfen, ob ein Haushaltstitel „Europaschulen“ geschaffen werden kann.
- Die Zusatzbezeichnung „Europaschule“ als Qualitätssiegel zunächst befristet an alle beantragenden Schulen zu vergeben und die Ernennung sowohl der neuen als auch der bestehenden Europaschulen und die Vergabekriterien in regelmäßigen Zeitabständen zu überprüfen.

b) im Rahmen der Vernetzung

- die Gründung regionaler Bündnisse zwischen den Europaschulen, Schulträgern, Arbeitgebern, dualen Partnern, Kammern bzw. Innungen und anderen zivilgesellschaftlichen Partnern zu unterstützen. Die regionalen Bündnisse sollen durch das Kultusministerium und die EU-Fachberaterinnen und -berater bei der Landesschulbehörde bei Antragsverfahren und bei besonderen europäischen Projekten, Auslandspraktika und Kooperationen mit ihren Partnerschulen im Ausland unterstützt und begleitet werden. Im Einzelfall werden das Europäische Informationszentrum (EIZ) und die Staatskanzlei ebenfalls Unterstützung leisten. Insbesondere sollen Schulen, die sich darum bewerben, Europaschulen zu werden, beraten werden. Informationen über regionale Aktivitäten im Bereich „Europa“ (z. B. Umweltschulen in Europa, eTwinning, COMENIUS, LEONARDO DA VINCI und CERTILINGUA-Schulen) werden durch die zuständigen Stellen des Kultusministeriums, der Regionalabteilungen der Landesschulbehörde sowie ergänzend durch die regionalen Bündnisse allen interessierten Schulen zur Verfügung gestellt.

- das Netzwerk der Europaschulen in Niedersachsen durch das Kultusministerium bei seiner Weiterentwicklung, bei der Ausrichtung von Fachtagungen und beim Aufbau einer geeigneten Informations- und Kommunikationsplattform zu unterstützen sowie die bundes- und europaweite Kooperation und Abstimmung mit entsprechenden Partnern zu fördern.
- Wettbewerbe und Europaplanspiele zu verschiedenen Themen wie z. B. Umwelt, Klimaschutz und EU-Erweiterung sowie andere politische Themen, wie diese bereits vom EIZ gemeinsam mit der EU-Kommission seit dem Schuljahr 2009/2010 an weiterführenden Schulen und seit dem Jahr 2011 auch an Grundschulen angeboten werden, auszubauen.

Silva Seeler
Vorsitzende